P.P. CH-3003 Bern, GS-EJPD

An die Regierungen der Kantone
An die kantonalen Polizeikorps
An die interessierten Organisationen
gemäss beigelegter Liste

Bern,

Entwurf einer Zwangsanwendungsverordnung; Anhörung

Sehr geehrte Damen und Herren Regierungsrätinnen und Regierungsräte
Sehr geehrte Damen und Herren

Das Bundesgesetz über die Anwendung von polizeilichem Zwang und polizeilichen Massnahmen im Zuständigkeitsbereich des Bundes (Zwangsanwendungsgesetz, ZAG) wurde am 20. März 2008 von den eidgenössischen Räten verabschiedet.

Mit Brief vom 4. April 2008 haben wir den Gesetzestext Ihren Staatskanzleien und Polizeikorps zugestellt und darüber informiert, dass wir planen, das Gesetz auf den 1. Januar 2009 in Kraft zu setzen.

Artikel 18 des Gesetzes sieht insbesondere vor, dass die Kantone vor der Festlegung der Liste der zugelassenen Hilfsmittel und Waffen angehört werden. Artikel 29 sieht ebenfalls eine Anhörung betreffend den Inhalt der Ausbildungen vor.

Wir bitten Sie, uns Ihre allfälligen Bemerkungen bis am

15. August 2008

mitzuteilen.

Bitte richten Sie Ihre Stellungnahme direkt an das Bundesamt für Justiz, Bundesrain 20, 3003 Bern. Frau Colette Rossat-Favre (colette.rossat-favre@bj.admin.ch, 031 322 41 66) steht Ihnen bei Fragen gerne zur Verfügung. Sie können weitere Kopien des Anhörungsdossiers beim Sekretariat des Fachbereichs Rechtsetzungsprojekte und -Methodik beziehen (Tel. 031 322 47 44) oder aus dem Internet herunterladen: www.admin.ch – Politische Geschäfte – Vernehmlassungs- und Anhörungsverfahren – Laufende Verfahren.

Freundliche Grüsse

Eveline Widmer-Schlumpf
Bundesrätin

Beilagen:

- Entwurf zu einer Zwangsanwendungsverordnung (französische, deutsche und italienische Fassung vom 23. April 2008) mit Begleitbericht (französische, deutsche und italienische Fassung).
- Liste der im Rahmen der Anhörung zur Stellungnahme eingeladenen Organisationen.